

Rezensionen

Karin Gabbert u.a. (Hg.): *Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Analysen und Berichte*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2005 (Jahrbuch Lateinamerika 29), 201 Seiten

Nicht nur in der engagiert kritischen Diskussion zu Lateinamerika ist das Jahrbuch eine feste, für viele unentbehrlich gewordene, Einrichtung. Mit der Ausgabe Nummer 29 haben es die Herausgeber auf besondere kreative Art verstanden, sich an den aktuellen politischen Entwicklungen in Lateinamerika zu orientieren und sich in die darüber intensiv geführten Diskussionen einzuklinken. Auf 200 Seiten werden die wichtigen und teilweise kontrovers diskutierten politischen Optionen auf dem Subkontinent analysiert. Dabei geht es nicht nur um die kritische Auseinandersetzung mit den jeweiligen Ländern und ihren Regierungen bzw. dem von diesen propagierten Modell und Anspruch, sondern, und das ist die inhaltliche Klammer des Bandes, es wird auch nach dem Erfolg, der Nachhaltigkeit und einer möglichen Verallgemeinerbarkeit des Politikansatzes für die Region gefragt – um den etwas anspruchsvollen Begriff Modell zu vermeiden.

Die Herausgeber haben sich die Frage gestellt (Editorial), ob es sich bei den Wahlergebnissen der letzten Jahre in Lateinamerika wirklich um den immer wieder erwähnten „Linksrutsch“ handelt und ob dies die Krise und das mögliche Einläuten eines Endes des neoliberalen Hegemoniemodell für Lateinamerika einläuten könnten. Nach den sozial wenig ausgewogenen Politiken, die im Sinne des „Washington Consensus“ nach der Phase der Diktaturen in Lateinamerika die Marktdemokratien

etablierten, wundert es nicht, dass die von diesem Politikmodell benachteiligten bei den Wahlen für eine andere Option stimmen. In diesem Band wird der Frage nachgegangen, was an der Politik der Regierungen neu ist, die für die allgemeine Aufmerksamkeit so anziehend wirken. Schlägt das Pendel nur zurück – denn es ist nicht das erste Mal, dass in Lateinamerika eine Aufbruchstimmung herrschte – oder was ist wirklich neu?

Die Leitfragen, die in den Beiträgen vor dem Hintergrund der jeweiligen Konstellation implizit untersucht werden, zielen auf die Frage ab, ob es sich um einen neuen Pragmatismus handelt, wie man für Lateinamerika einen modernen Sozialdemokratismus entwickelt, der eine durchsetzbare Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung bietet. Gehen die in diesem Band analysierten Politikoptionen über die Garantierung von Stabilität und Regierungsfähigkeit hinaus, als Verminderung von Ungleichheit, oder ist die in Rio 1992 formulierte Zieltrias: Ökonomische Effizienz, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit nicht mehr als ein Wahlprogramm, um, einmal an der Regierung, das neoliberale Hegemoniemodell weiterzuführen – Dies waren die *Terms of Reference* der Herausgeber für die Autoren.

Brasiliens Regierung unter Lula da Silva (*David Danilo Bartelt*), die Regierung von Néstor Kirchner in Argentinien (*Ingo Malcher*), das Reformprojekt von Hugo Chávez in Venezuela (*Klaus Meschkat & Andreas Boekh*), die politischen Optionen im instabilen Bolivien (*Ulrich Goedeking*), die Zapatistenbewegung in Mexiko (*Miriam Lang*) und nicht zuletzt das Weltsozialforum in Porto Alegre (*Gaby Küppers*) werden im

Analysenteil ausführlich behandelt. Nicht minder fundiert, wenn auch nicht in gleichem Umfang setzen sich die Länderberichte mit Ecuador, Mexiko, Peru und Uruguay auseinander. Im Grunde ist die Trennung in die beiden Blöcke des Bandes wohl mehr dem Umfang der Beiträge als der analytischen Tiefe geschuldet.

Bei Argentinien, Brasilien und Venezuela ging es darum, sich mit der konkreten Regierungspolitik und ihrem Anspruch auseinanderzusetzen. Der Wahlsieg von Lula in Brasilien 2002 hat vor allem unter der Linken und den kritischen Intellektuellen eine Welle von Hoffungen und Projektionen auf einen grundlegenden Politikwechsel ausgelöst. Beispielhaft wird hier auf einige der Beiträge des Buches genauer eingegangen.

D.D. Bartelt setzt sich mit den bisherigen Ergebnissen der Regierung Lula zwar kritisch, aber ausgewogen und konstruktiv auseinander, indem er die allgemein geäußerte Kritik aufnimmt. Er erläutert dabei die Gründe und Zwänge, mit denen Lula zu kämpfen hat. Der Beitrag geht sehr fundiert und faktenreich auf die Knackpunkte der Kritik ein, zu der die verbreiteten Enttäuschungen geführt haben. Es gelingt ihm, viele der Kritikpunkte insofern zu entkräften bzw. zu erläutern, als er die Situation klar darstellt und nachweist, dass Lula oft gar keine andere Wahl hatte, da seine Partei nur über 18% der Stimmen im Parlament verfügt. Einleuchtend sind auch die Argumente, die belegen, dass die Politik in Brasilien sehr wohl auf wichtige strukturelle Veränderung hinsteuert, auch wenn kurzfristig die Ergebnisse für die Bevölkerung nicht so greifbar sind, wie man sich das wünscht (Löhne, Arbeitslosigkeit etc.).

Als unerwarteten Präsidenten beschreibt *I. Malcher* Argentinien's Néstor Kirchner. In seiner Analyse macht er deutlich, welches

die Faktoren für Kirchners Erfolgsstory nach der tiefen Krise zum Jahreswechsel 2001/2002 sind. Zwar wartet der Präsident mit einer Reihe von einschneidenden Maßnahmen und überraschenden Entscheidungen auf, wie sie, bei oberflächlichem Hinsehen, eigentlich nicht ins peronistische Politikkonzept passen, aber die unerwarteten Erfolge und die vergleichsweise schnelle Erholung des Patienten Argentinien sind weitgehend externen Faktoren geschuldet und damit nicht unbedingt Garantien für eine nachhaltige und stabile Gesundung des Landes. Die Verhandlungen mit dem IWF haben für Argentinien unerwartet günstige Bedingungen gebracht, die allerdings zu Lasten der Gläubiger gingen, national wie international. Deshalb haben die Akteure der internationalen Finanzmärkte umgehend reagiert und danach ihr Kreditabsicherungssystem grundlegend überarbeitet, bei dem der Schutz der Gläubiger Priorität hat vor den verschuldeten Volkswirtschaften. Konkret bedeutet dies, ein Erfolg, wie ihn Kirchner bei den Verhandlungen feiern konnte, ist wohl kaum wiederholbar.

Mit dem Phänomen Hugo Chávez beschäftigen sich die Beiträge von *K. Meschkat* und *A. Boeckh*. Beiden Autoren ist es gelungen, Hugo Chavez und seine „bolivarianische Revolution“ dem Leser aus einer unabhängigen Beobachterposition zu erläutern. *K. Meschkat* geht sehr anschaulich und erfrischend zu lesen auf die Situation in Venezuela ein und beschreibt, wie sehr Hugo Chávez zu polarisieren vermag. De facto ist die venezuelanische Bevölkerung in Anhänger und Gegner des Präsidenten gespalten, einen Mittelweg gibt es offenbar nicht. Nach der umfangreichen Ausbreitung und Erläuterung von Fakten und Analysen, ist die/der Leser/in in die Lage versetzt, sich eine eigene Meinung zu bilden; beim Rezensenten ist diese genauso ambivalent ausgefallen, wie *K.*

Meschkat dies beschreibt. Nach der Lektüre der beiden Artikel versteht man aber die politische Situation in Venezuela wirklich viel besser, denn die Autoren argumentieren sehr sachlich und wissenschaftlich fundiert. Auch wenn *Boeckh* insgesamt zu einem negativen Ergebnis über die Zukunftsfähigkeit des Revolutionsmodells kommt, ist in seiner Argumentation kein Bias zu erkennen.

Das Spannende am Beitrag zu Bolivien ist die Analyse der Situation unmittelbar vor den Wahlen, deren Ergebnis mittlerweile bekannt ist. Trotzdem ist der Artikel nicht überholt, im Gegenteil, die detaillierte Analyse der Spielräume, der Interaktionen und der Machtkonstellationen bleiben aktuell, denn an ihnen hat sich seit geraumer Zeit nur wenig Entscheidendes verändert. Es ist abzuwarten, wie Evo Morales damit umgehen wird und wie er die Fragen beantworten wird, die der Autor *U. Goedeking* aufgeworfen hat.

Die Beiträge in diesem Band beschäftigen sich mit einer erfrischenden Offenheit und zugleich äußerst fundierten und kritischen Sachkenntnis mit den verschiedenen Politikoptionen. Sie verfallen vor allem nie in die bekannten Fehler der 1970er und 1980er Jahre, als fortschrittliche Regierungen von Linken nicht kritisiert wurden bzw. man diese doch bitte nicht zu kritisieren hatte. Dies macht das Buch so lesenswert, denn man wird umfangreich informiert und kann sich nach der Lektüre ein sehr präzises Bild machen, ohne von den Autoren in eine bestimmte Richtung gelenkt zu werden. Gerade zum Verständnis der viel diskutierten neuen Optionen lateinamerikanischer Politik leistet das Jahrbuch Nr. 29 einen außerordentlich wichtigen, weil gut fundierten und sehr angenehm zu lesenden, Beitrag. Für alle – das kann man mit Fug und Recht sagen – die sich mit der aktuellen Politik des Subkontinentes und der Fra-

ge Erfolg oder nicht beschäftigen, eine unverzichtbare Lektüre.

Theo Mutter

Linda Supik: *Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitik*. Bielefeld: transcript 2005, 122 Seiten

Kien Nghi Ha: *Hype um Hybridität. Kultureller Differenzkonsum und postmoderne Verwertungstechniken im Spätkapitalismus*. Bielefeld: transcript 2005, 130 Seiten

Jede soziale Bewegung ist irgendwie mit kollektiver Identität beschäftigt: entweder in dem Bemühen, sie herzustellen, sie zu vermeiden und/oder sie zu bekämpfen. Daher ist es gut zu wissen, dass es sich bei einer solchen Identität um „kein Wesen, sondern eine Positionierung“ handelt, wie Stuart Hall es genannt hat. Unter den Fans der *Cultural Studies* sind die Schriften Halls mittlerweile Klassiker und für die theoretische Auseinandersetzung um soziale Bewegungen thematisieren sie nach wie vor die wichtigsten Fragen.

Eine deutschsprachige Darstellung seines Konzeptes von Identitätspolitik stand bisher aus. *Linda Supik* hat sie nun geschrieben. Die auffallend angenehm zu lesende Studie schildert nicht den ganzen Theorie-wust, den der aus der Karibik stammende Brite in den letzten vierzig Jahren verfasst hat, sondern beschränkt sich auf dessen Konzept von Identitätspolitik. Hall beschreibt genau genommen zwei verschiedene Arten, mit Identität Politik zu machen, im Buch *Identitätspolitik* 1 und 2 genannt. Um eine Identität auszubilden, also ein „Wir“ zu formulieren und es politisch einzusetzen, benutzen Gruppen, *Communities* oder auch Nationen bestimmte Methoden.

„Identitätspolitik 1“ zeichnet sich vor allem durch den Gebrauch von Techniken wie „Namensgebung, der Um- und Aufwertung, der Vereinheitlichung und der Frontbildung“ (75) aus. Vor allem in den sozialen Bewegungen und Befreiungskämpfen der 1960er und 1970er Jahre finden sich diese Formen: Begriffe wie „Schwarz“ wurden durch die Black Power Bewegung aufgewertet, und um als starke Einheit gegen ausgemachte Gegner auftreten zu können, wurden unterschiedliche Erfahrungen vereinheitlicht: Die verschiedenen afrikanischen, karibischen oder indischen Migrationshintergründe standen nicht im Zentrum der Debatten, ebenso wenig wie das „Wir Frauen“ des Feminismus ethnische oder Klassenunterschiede thematisierte.

Für unterdrückte Minderheiten kann diese Form der Identitätspolitik auch heute noch relevant sein. Hall plädiert allerdings dafür, die selbst produzierten Ausschlüsse zu reflektieren. Mit dieser Reflexion fängt das an, was Supik „Identitätspolitik 2“ nennt. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich Geschichten und Geschichte „immer (im) symbolischen Rahmen der Repräsentation“ (84) ereignen. Für die genannten sozialen Bewegungen heißt das, dass es zwar für den momentanen Kampf Einheit und Kraft spenden kann, nach einem „ursprünglichen Afrika“ oder dem „eigentlich Weiblichen“ zu suchen. Erfolgreich wird diese Suche aber nicht sein. Denn unbeschädigt, eben außerhalb der Repräsentation, liegt beides nirgendwo vor.

Kulturelle Identität ist immer ein Aushandlungsprozess, an dem die AkteurInnen zwar selbst teilnehmen, in dem sie aber keine unvoreingenommenen, von Gleichheit geprägten Ausgangsbedingungen vorfinden. Den Dominanzkulturen stehen unzählige Mechanismen zur Verfügung, „ihre“ Minderheiten einzubinden, ohne ihnen gleich Rechte

zuzugestehen. Damit haben noch alle sozialen Bewegungen umzugehen gehabt und werden es wohl auch weiter tun müssen. Der Gedanke, dass es keine „reine“, unvermischte Kultur geben kann, wirft auch die Frage danach auf, wann und wie beim Vermischen Subversion möglich ist. In den Kulturwissenschaften hat sich für diese Fragestellung in den letzten Jahren der Begriff der „Hybridität“ herauskristallisiert. Umstritten ist nach wie vor, ob einzelne Subjekte – wie beispielsweise im Westen lebende Intellektuelle aus dem Trikont – hybrid sind, ob eher eine bestimmte Situation so bezeichnet werden soll oder Kultur überhaupt.

Supik fragt abschließend, ob das emanzipatorische Potenzial „kultureller Hybridität“, das Hall im intellektuellen und künstlerischen Milieu diagnostiziert hat, „auch auf dem Terrain Marginalisierter und Benachteiligter nutzbar gemacht werden kann, oder aber unterwegs von Markt- und Konsummechanismen eingeebnet wird“ (114). Dem geht auch *Kien Nghi Ha* in seiner kritischen Studie zum „Hype um Hybridität“ nach. Er formuliert dabei Einwände gegen multikulturalistische Folklore, die wegen ein paar Bundesliga-Spielern und MTV-Modelle mit schwarzer Hautfarbe und der Allgegenwart türkischen *Fastfoods* die hybriden Möglichkeiten bereits umgesetzt sehen. Ha begreift Hybridität nicht in erster Linie als kulturelle Logik und neue Technik in sozialen Kämpfen, sondern eben auch als „eine Warenform, deren Kommodifikation voranschreitet“ (14).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage neu, ob der Begriff der Hybridität überhaupt eine Waffe im Kampf um gleiche Rechte sein kann. Ha zeichnet die kulturhistorischen Prozesse nach, in denen Hybridität sich von einem Sinnbild unheimlicher Vermischung zum Paradekonzept radikaler multikulturalistischer Ansätze ge-

wandelt hat. Er betont dabei, dass sich vor allem die Machtverhältnisse verändert haben, in denen sich Minderheiten bewegen. Dominanz wird nicht mehr durch den reinen Ausschluss, sondern inzwischen auch über das Einbeziehen „der Anderen“ geschaffen und gewährleistet. Denn die produktiven Aspekte von Melange und Mestizaje sind schon lange erkannt worden und werden genutzt. Frei nach dem Motto des bairischen Innenministers Beckstein: Wenn sie uns nützen. Und nicht zu vergessen: *Hybridity sells*. Populärkultur und Werbung haben längst den Reiz des Gemischten für ihre Feldzüge aufgegriffen. Wer macht also die Meter im „Stellungskrieg“, wie Hall – in Anlehnung an Antonio Gramscis Begriff – die kulturellen Auseinandersetzungen nennt? Die sozialen Bewegungen oder der Coca-Cola-Innenminister-Komplex? Ha konstatiert nüchtern: Hybridisierung kann grundsätzlich „durch seine vielgestaltigen Optionen sowohl die Basis für den kulturell-technologischen Umbau spätkapitalistischer Erlebnissegesellschaften stellen als auch die kulturpolitische Repräsentation des Nicht-Repräsentierten ermöglichen“ (56).

So ist einerseits sicherlich Supik und Ha in ihrer Skepsis zuzustimmen. Solange Minderheiten sich nur einbringen, aber nicht entscheiden dürfen, bleibt Hybridität nichts anderes als ein „postmodernes Versprechen“ (Ha, 78). Gegen eine optimistische Aufweichung des Begriffes im Sinne eines „Alle sind hybrid“ ist nach wie vor auf die ungleiche Verteilung von materiellen und symbolischen Ressourcen hinzuweisen. Andererseits taugt Hybridität aber doch als politischer Kampfbegriff: Gegen das gegenwärtige Erstarken soziobiologischer Vorstellung zum Beispiel. Denn diese behaupten, es gebe ein relativ homogenes, genetisch vererbbares – ethnisches oder geschlechtliches – Sozialverhalten. Dagegen lohnt es sich durchaus,

Stellung zu beziehen, soll das Interesse an sozialen Veränderungen nicht aufgegeben werden.

Jens Kastner

Bettina Heintz, Richard Münch & Hartmann Tyrell (Hg.): *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen*. Stuttgart: Lucius & Lucius 2005 (Sonderheft 1 der *Zeitschrift für Soziologie*), 502 Seiten

Der vorliegende Band ist Resultat einer Tagung mit dem Thema „Die Gesellschaft und ihre Reichweite – wie zwingend ist die Weltgesellschaft?“ am Institut für Weltgesellschaft der Universität Bielefeld im November 2002. Der zentrale theoretische Beitrag stammt von Jens Greve und Bettina Heintz und ist überschrieben mit „Die ‘Entdeckung’ der Weltgesellschaft. Entstehung und Grenzen der Weltgesellschaftstheorie“. Nach einem kurzen Überblick über die Vorgeschichte des „Weltgesellschafts“-Konzepts in der Theorie des internationalen Systems, der Modernisierungs- und Dependenztheorie sowie schließlich der Weltsystemtheorie Wallersteins diskutieren G./H. als wichtigste explizit „weltgesellschaftliche“ Konzeptionen ausführlich die Ansätze von John Meyer, Peter Heintz und Niklas Luhmann. Ihnen gemeinsam sind fünf Grundannahmen, die zusammen so etwas wie eine Minimaldefinition von „Weltgesellschaftstheorie“ abgeben könnten: 1. Die Entdeckung des globalen Zusammenhangs als eines neuen und eigenständigen Untersuchungsobjekts. 2. Die Überzeugung, dass die Weltgesellschaft mehr und etwas anderes ist als die Summe der Nationalstaaten und deren Beziehungen. 3. Eine „starke“ Emergenzthese, die nicht nur postuliert, dass die globale Ebene Eigenschaften aufweist, die sich von denen der niedrigeren

Ebene unterscheiden, sondern darüber hinaus, dass sie sich nicht auf diese zurückführen lassen. 4. Die Annahme einer „Makrodetermination“: „Alles, was *in* der Welt stattfindet, ist als *Folge* dieser Welt zu begreifen“ (109). 5. Die Überzeugung, dass sich die emergente neue Sozialordnung nicht nur auf *ein* Funktionssystem (etwa die Wirtschaft) bezieht, sondern auf die gesamte Sozialwelt. Mindestens ebenso bedeutsam wie diese Gemeinsamkeiten sind die Unterschiede zwischen den drei Ansätzen. Für Meyer manifestiert sich die Einheit der *world polity* in der Herausbildung einer „globalen Ordnungsstruktur“, die sich beispielsweise in der weltweiten Ausbreitung der Sozialform des Nationalstaats oder von Institutionen der Massenbildung wie auch des Universitätswesens zeigt, und die ihrerseits aus der Existenz einer Weltkultur resultiert, welche als „Ergebnis einer Universalisierung westlicher Werte und Handlungsmuster“ (102) angesehen werden muss. Diesem Kulturdeterminismus korrespondiert bei Meyer (wie üblich) eine im Lauf der Zeit immer stärker zu Tage tretende Ausblendung der Ungleichheitsproblematik. Anders bei Heintz, der davon ausgeht, dass sich in den 1950er Jahren ein „weltweites Schichtungssystem herausgebildet hat, das rund um den Wert der Modernisierung bzw. Entwicklung organisiert ist“ (104). Dessen Legitimität werde jedoch seit den 1970er Jahren zunehmend in Frage gestellt, was zu einer tendenziellen „Entstrukturierung“ des Weltsystems geführt habe. Die Entstehung der Weltgesellschaft wird dem gemäß ein prinzipiell reversibler Prozess; und Fragen der Deutung spielen eine sehr viel größere Rolle als bei Meyer (und Luhmann). Für Luhmann ist die Weltgesellschaft die Einheit aller für einander erreichbaren Kommunikationen, das Sozialsystem, das „alle Kommunikationen und nichts anderes in sich ein-

schließt“ (Luhmann zit. n. 325). Normative Integration, die Idee einer gemeinsamen Wertordnung ist damit nicht impliziert – Luhmann schließt sie sogar ausdrücklich aus. Dass Gesellschaft heute nur noch als Weltgesellschaft vorkommt, ist unmittelbare Konsequenz des evolutionären Siegeszugs der funktionalen Differenzierung: „die Herausbildung der Weltgesellschaft und die Durchsetzung funktionaler Differenzierung sind ‘ein und derselbe Vorgang’“ (107) – weil sich die funktional ausdifferenzierten Subsysteme Wirtschaft, Wissenschaft, Sport etc. ausschließlich an ihren eigenen Funktionen orientieren, nicht an nationalen Grenzen. Andere Differenzierungsformen wie die stratifikatorische der sozialen Ungleichheit und die segmentäre der nationalstaatlichen Untergliederung werden nicht ausgeschlossen, erhalten aber den Status von „Nebenprodukten“ oder „Zweitdifferenzierungen“, die es eigentlich gar nicht mehr geben dürfte. Dass es sie dennoch gibt, führte Luhmann schließlich zu der Formulierung von der „Meta-Differenz“ „Inklusion/Exklusion“, durch die in bestimmten Regionen die funktionale Differenzierung abgelöst worden sein soll. G./H. weisen zurecht darauf hin, dass mit dieser Operation entgegen Luhmanns Überzeugung „die Vorstellung einer primär funktionalen Differenzierung der Weltgesellschaft“ als solche hinfällig wird (108). In einem letzten Abschnitt machen G./H. schließlich auf das mikrosoziologische Defizit all der behandelten Ansätze aufmerksam. Deren Strukturdeterminismus versperre ihnen generell den Blick darauf, dass Regeln niemals von selbst wirken, sondern „stets interpretiert und an die jeweilige Situation angepasst“ (111) werden müssen. Die Ergänzung der weltgesellschaftlichen um eine Mikro-Perspektive könnte dagegen die Sicht auf „den unterschiedlichen Kristallisationsgrad globaler Struktura-

ren und die Variabilität globaler Vergesellschaftungsprozesse“ (ebd.) sowohl in räumlicher als auch in thematischer Perspektive freilegen.

Dieser Anregung folgt in dem ganzen Band leider nur der – sehr schöne – Beitrag von *Joanna Pfaff-Czarnecka* „Das Lokale als Ressource im entgrenzten Wettbewerb: Das Verhandeln kollektiver Repräsentationen in Nepal-Himalaya“. Sie geht davon aus, dass „Globalisierung nur adäquat verstanden werden kann, wenn die lokale Verarbeitung globaler Prozesse mitberücksichtigt wird“ (481). Im konkreten Fall geht es um die Erwartungen von internationalen Entwicklungsagenturen, nach denen förderungswürdige Gemeinschaften einem ganz bestimmten Bild von Solidarität, lokaler Harmonie, Egalität und partnerschaftlichem Geist entsprechen müssen. Wie die Mitglieder der von ihr untersuchten lokalen Gesellschaft in Nepal dieses „normativ hoch aufgeladene Bild der lokalen Gemeinschaft zu handhaben und strategisch zu nutzen lernten“ (487), wie es insbesondere die Reichen und Mächtigen fertig brachten, unter Ausnutzung dieses Bildes die von außen einfließenden Gelder auf ihre eigenen Mühlen zu lenken, zeigt sie in detaillierter und anschaulicher Weise und bringt es mit dem Konzept der „Lokalisierung“ auf den Begriff – „das heißt als Übernahme von anderswo ausgeprägten und öffentlich anerkannten Formen, die mit lokalen Bedeutungen angereichert werden“ (480).

Die Variabilität globaler Vergesellschaftungsprozesse thematisiert – auf einer allgemeintheoretischen Ebene – auch *Thomas Schwinn*, der als einziger der Autoren das Eisenstadtsche Konzept einer „multiplen Moderne“ weiter verfolgt. Er plädiert dafür, zwischen der Referenzebene der „Kommunikation“ und der der „Ordnungsform

funktionaler Differenzierung“ zu unterscheiden. „Kommunikation ist eine sehr einfache Form von Sozialität, die die Akteure nicht wechselseitig bindet“ (210) – Ordnung dagegen tut dies sehr wohl. Auch bei den Ordnungen respektive Teilsystemen ist jedoch zu unterscheiden: am stärksten bindend sind diejenigen, in denen es „klare Vergleichsmaßstäbe für Konkurrenzverhältnisse“ (211) gibt und die „Macht- und Sanktionsfähigkeit“ besonders ausgeprägt ist – in der Ökonomie ist beides in besonderem Maße gegeben, in Politik und Recht sehr viel weniger, in Religion und Kunst so gut wie gar nicht. Entsprechend unterschiedlich sind die Vereinheitlichungsgrade.

Die große Mehrzahl der anderen Beiträge verortet sich in dem von Greve/Heintz abgesteckten Rahmen an den beiden Polen Luhmann und Meyer – mit deutlicher Luhmann-Schlagseite; Peter Heintz, der einzige von den „eentlichen“ Weltgesellschaftsautoren, der Ungleichheit thematisiert hatte, fällt signifikanter Weise raus. Von den vielen Beiträgen zur Luhmann-Exegese fällt der von *Uwe Schimank* dadurch auf, dass er das von Greve/Heintz schon angesprochene Dilemma, dass sich die mutmaßlich funktional differenzierte Weltgesellschaft „bis dato nur als segmentär differenzierte Pluralität von Nationalgesellschaften reproduzieren“ kann (394), explizit zum Thema macht. Er versucht zu zeigen, dass dies seinen Grund darin hat, dass der Nationalstaat nach wie vor unerlässliche Funktionen für die Handlungsfähigkeit von Akteuren wie für die gesellschaftliche Integration (Sozial- wie Systemintegration) ausübt. Das klingt ganz überzeugend, aber der Widerspruch zu Luhmanns These von der konstitutiven Bedeutung der funktionellen Differenzierung für die Moderne/ die Weltgesellschaft wird dadurch eben nicht aus dem Weg geräumt.

Hartmann Tyrell geht in einem weiteren theoriegeschichtlichen, wenngleich am Ende ausschließlich auf Luhmann ausgerichteten Artikel den pfiffigen Fragen nach, „welchen Unterschied es macht, ob von ‘globalization’ oder ‘globalizations’ die Rede ist“ und warum „‘die Weltgesellschaft’ so nachhaltig nur eine sein will und doch in die Situation gerät, den Plural zu lassen zu müssen“ (8).

Neben der Vielzahl der Artikel zur Klassikerexegese finden sich auch ein halbes Dutzend Beiträge zu Sachthemen. Sehr erfrischend fand ich *Boris Holzers* netzwerktheoretische Interpretation der „Small-World“-These – also der berühmten Hypothese, „dass sich zwischen zwei beliebigen Menschen auf der Erde eine Verbindung über persönliche Bekanntschaften konstruieren lässt, die nicht länger als sechs Zwischenschritte ist“ (315). *Christian Mersch* dagegen bringt das Kunststück fertig, in einem Artikel zur „soziologischen Analyse des Weltpatentsystems“ zwar 14 verschiedene Arbeiten von Luhmann zu zitieren, das TRIPS Abkommen aber mit keinem einzigen Wort zu erwähnen. *Richard Münch* behandelt „die Konstruktion des Welthandels als legitime Ordnung der Weltgesellschaft“. Er geht im Gegensatz zu Luhmann (und argumentativ ebenso wenig unterbaut wie bei diesem) davon aus, dass funktionale Integration ohne Errichtung einer legitimen Ordnung nicht möglich ist. Diese wird in seiner Sicht durch die Vereinbarungen der Welthandelsorganisation (WTO) geliefert. Deren Grundprinzip ist das der Fairness, das dazu dient, „allen gleiche Chancen des Zugangs zum Wettbewerb auf dem Markt zu bieten“ (303). Schön wär’s! Ausgewirkt habe sich dieses Prinzip heute schon dahingehend, „dass die Ungleichheit zwischen den nationalen Gesellschaften – auf lange Sicht abnimmt, während sie innerhalb der

nationalen Gesellschaften wächst“ (310). Zur Begründung dieser – allen gängigen Vorstellungen vom ständig wachsenden Nord-Süd-Gefälle (Nuscheler) widersprechenden – These hätte man sich allerdings doch mehr gewünscht als ein einziges, in keiner Weise erläutertes Säulendiagramm der Weltbank.

Conspicuously absent sind in dem Sammelband aus dem Bereich der deutschsprachigen Literatur Ulrich Beck mit seinem Plädoyer für eine „one-world sociology“, aus dem der internationalen vor allem die „Postkolonialismus“-Schule um Stuart Hall u.a., die sich nicht damit zufriedengibt, von „multipler Moderne“ zu reden, sondern die konstitutive Verknüpfung kolonialer und postkolonialer Modernisierung mit der Modernisierung der Metropolen ins Zentrum ihrer Überlegungen stellt. Über den Teil des Spektrums an Weltgesellschafts-Diskussion, der in dem Buch abgehandelt wird, liefert es allerdings sehr gründliche Information.

Gerhard Hauck

Maria do Mar Castro Varela & Nikita Dawahn: *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Bielefeld: transcript 2005, 162 Seiten

Shalini Randeria spart nicht mit Lob: Auf dem Rückumschlag des Buches schwärmt sie, dass die vorliegende Arbeit eine „längst überfällige“ Einführung in die postkoloniale Theorie darstelle, die „mit bemerkenswerter Klarheit“ die Schriften der zentralen AutorInnen darstelle und mit „einer souveränen Mischung aus Engagement und kritischer Distanz“ ihre Rezeption „vorantreiben und versachlichen“ würde. Zwar steckt die Diskussion über postkoloniale Theorien hierzulande noch weitgehend in den Kinderschuhen, und eine einführende deutsch-

sprachige Darstellung ist nicht nur im Hinblick auf die universitäre Lehre dringend notwendig, darüber hinaus ist man als Rezensent jedoch gehalten, eine nüchternere und skeptischere Brille aufzusetzen, um das „ambitionierte“ und „virtuose“ Werk einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

Der Aufbau des knapp 160 Seiten schmalen Bändchens ist recht simpel: Nach einer Einleitung, die sich mit der historischen Einbettung und Genese postkolonialer Theorien befasst, werden die Konzepte und Thesen der drei prominentesten VertreterInnen Edward Said, Gayatri Spivak und Homi Bhabha in je einem Kapitel dargestellt und diskutiert, bevor diverse Kritikpunkte an der Theorierichtung erläutert werden und das Buch mit einem zweiseitigen Ausblick über „postkoloniale Utopien“ schließt. Die Struktur ist übersichtlich und nachvollziehbar und beugt angesichts der deutlich dargestellten Differenzen zwischen den drei „Ikonen“ auch Pauschalisierungen über „den Postkolonialismus“ vor (es könne „kaum von einer einheitlichen Theorie gesprochen werden“ [8]), reproduziert allerdings auch das von den Autorinnen selbst mit Skepsis betrachtete Schema, die Theorierichtung zu personalisieren und tendenziell auf ihre drei „Popstars“ (112) zu reduzieren.

Als Untersuchungsfeld postkolonialer Theorie wird „sowohl der Prozess der Kolonisierung als auch der einer fortwährenden Dekolonisierung und Rekolonisierung“ genannt (8). Dabei beschränke sich die Analyse des (Neo-)Kolonialismus nicht nur auf „militärische Besetzung und Ausplünderung“, sondern umfasse auch „die Produktion epistemischer Gewalt“ (ebd.). Folgerichtig befassen sich die AutorInnen im ersten Kapitel auch mit Imperialismus, antikolonialem Widerstand und der Rolle von Nationalismus und Identitätspolitik darin. Postkoloniale Studien knüpfen hier an die Prob-

lematisierung kolonialer Diskurse an und untersuchen „neben den offenkundigen materiellen Seiten kolonialer Herrschaft“ die „gewaltvolle Macht der Repräsentation“ (24). In diesem Kontext wird durchaus zutreffend darauf hingewiesen, dass weite Teile postkolonialer Argumentationslinien bereits von Fanon und Césaire vorweggenommen wurden (17, 21, 127).

Die Darstellung der Werke von Said, Spivak und Bhabha und der entsprechenden Konzepte („Orientalismus“, „Subalterne“, „Masterwords“, „Hybridität“, „Mimikry“) im Hauptteil ist sowohl verständlich (was angesichts der oft kryptischen Schriften von Spivak und Bhabha kein geringes Verdienst ist) als auch nuanciert. Widersprüche, Ambivalenzen und blinde Flecken der jeweiligen Ansätze werden herausgearbeitet, ohne dass die Kritik ins Pauschale abgeleitet. Saims überzeugende Darlegung der imaginativen Herstellung des Orients als das „Andere“ Europas und sein grob simplifizierender Foucault-Bezug; Spivaks scharfsichtige Kritik am paternalistischen Universalanspruch feministischer und anderer Befreiungskonzepte aus dem Norden, die Privilegien und Differenzen strategisch „übersehen“ und ihre z. T. willkürliche Verwendung des Begriffs der Subalternen; Bhabhas Aufzeigen der Unabgeschlossenheit kolonialer Diskurse und der sich daraus ergebenden uneindeutigen Identitätsformationen und sein Theoretisieren an der Realität antikolonialer Widerstandsbewegungen vorbei – all dies wird von den Autorinnen gleichermaßen nachgezeichnet.

Neben diesen spezifischen werden in einem eigenen Kapitel auch allgemeine Vorwürfe gegenüber postkolonialer Theorie referiert und diskutiert. Diese betreffen ihre akademische Vermarktbarkeit, die Suggestion historischer Diskontinuität (*Post-Kolonialismus*) und ihre depolitisierenden Im-

plikationen, ihre institutionelle Verortung im Westen (v.a. den USA), ihr Bezug auf europäische intellektuelle Traditionen, ihre Domestizierung von Widerstandskämpfen, ihr unverständlicher Schreibstil sowie die Privilegierung des semiotischen Felds als Widerstandsmodus unter Vernachlässigung physischer Existenzkämpfe. Alle Einwände werden nicht beiseite gewischt, sondern ernsthaft erörtert. V.a. der letzte, meist von marxistischer Seite vorgebrachte Punkt erinnert stark an die Kritik an „postmodernen“ Ansätzen. Hier verweisen die Autorinnen zu Recht nicht nur auf Saids und Spivaks Insistieren auf der Vermittlung theoretischer Auseinandersetzungen und praktischer Kämpfe, sondern halten (wenn auch sehr vorsichtig formuliert) fest: „Es scheint nicht adäquat, das semiotische Feld kolonialer Beziehungen zu bagatellisieren, würde man damit doch ein weiteres Mal einer Simplifizierung komplexer kolonialer Beziehungen in die Hände spielen“ (121). Etwas direkter ausgedrückt: eine Reduktion von Diskursen auf simple Überbauphänomene und Ideologien wird der sozialen Realität nicht gerecht.

Ein weiterer behandelter Kritikpunkt betrifft die Ausblendung von Geschlechterfragen und Heteronormativität im Postkolonialismus Saids und Bhabhas. Gerade die Konstruktion des Orients als emotional, irrational und primitiv, die Maskulinität des kolonialen Unterfangens, die Geheimnisse dunkler Kontinente zu ergründen und rational beherrschbar zu machen, die Praktiken des „Exports“ weißer Frauen nach Indien mit dem Ziel der Bewahrung der „rassischen und sexuellen Reinheit“, aber auch die gewalttätigen und homophoben Männlichkeitsvorstellungen nicht nur des Imperialismus, sondern oftmals auch des antikolonialen Nationalismus verweisen auf die Notwendigkeit der

Berücksichtigung der Dynamiken von Rasse, Klasse und Geschlecht.

Im Hinblick auf die Frage identitätspolitischer Kämpfe werden die Argumente der beiden Positionen – vereinfacht: strategische Notwendigkeit identitätspolitischer Organisation einerseits und Gefahren eines „umgekehrten Ethnozentrismus“ andererseits – zwar dargestellt, aber schließlich in einem unbefriedigenden Resümee unverbunden nebeneinander stehen gelassen („Die drängende Frage nach Bündnispolitiken ... bleibt weiterhin ein trick- und debattenreiches Thema“ [127].) Eine konkretere Herangehensweise, die die Bedingungen eines emanzipativen Identitätsbezugs zu klären versucht hätte, wäre möglicherweise produktiver gewesen. Schließlich machen die Autorinnen (an Spivak anknüpfend) mit Bezug auf migrantische Subjektivitäten hierzulande auf die Gefahren einer unhinterfragten Zelebrierung postkolonialer Konzepte aufmerksam. Die (Selbst-)Stilisierung der MigrantInnen als Subalterne würde deren vergleichsweise privilegierte Stellung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung ausblenden, die „Selbstsubalternisierung“ v.a. im Fall von Intellektuellen erneut das „Zum-Schweigen-Bringen der Entrechteten und Entmächtigten“ nach sich ziehen (132). Im Nachwort über „Postkoloniale Utopien und die Herausforderung der Dekolonisierung“ betonen die Autorinnen noch den politischen Charakter des theoretischen Unterfangens: das Projekt, „Europa zu provinzialisieren“, dürfe kein „exklusives Projekt einer Handvoll intellektueller“ bleiben (137). Notwendig sei eine „Allianz zwischen differenten postkolonialen sozialen Formen...“, die nicht auf eine Politik der Assimilierung oder gar Marginalisierung zurückgreift“ (138). Das „Andere“ zu denken, ohne in „essentialistischen Sackgassen“ zu enden und dabei den Bezug zu „existenziellen Kämpfen“ zu wahren, wird

als Herausforderung des postkolonialen Projekts beschrieben (138).

Aber gerade in Bezug auf die „trickreiche (?) Beziehung zwischen Kultur, Ökonomie und politischen Strukturen“ (137) wird an mehreren Stellen der größte Mangel des Buches wie auch des Großteils postkolonialer Theorie offenbar. Entgegen dem eigenen Anspruch kann lediglich die Analyse der neokolonialen Repräsentationen überzeugen, die der „materiellen Seiten der Herrschaft“ nur bedingt. So sensibel Widersprüchen und Ambivalenzen im Bereich der Kultur nachgegangen wird, so simpel gestrickt und unzweideutig sind die Darstellungen politökonomischer Realitäten. Wenn etwa von „trade-related intellectual property (TRIP)“ (sic) gesprochen wird, ohne sich bewusst zu sein oder anzudeuten, dass es hier um ein Abkommen der Welthandelsorganisation geht, wenn Mikrokredite für Frauen einzig als „grausame Köder, um die indigenen Subalternen in kapitalistische Strukturen einzubinden“ porträtiert werden (129), wenn Imperialismus und Neokolonialismus zwar ständig in der Argumentation präsent sind, aber noch nicht einmal ausdrücklich definiert werden (nach einer Aufzählung unterschiedlicher Imperialismuskonzeptionen wird lapidar konstatiert, eine umfassende Definition sei unmöglich, weil er keine monolithische Herrschaftsform darstelle, 14), wenn die Thematik des kapitalistischen Weltsystems durch wenige beiläufige Verweise auf Amin, Galeano, Mies und Shiva abgehandelt wird, so verweist dies auf ein gewisses theoretisches Defizit im Bereich der globalen politischen Ökonomie. Ebenso wie die postkolonialen Diskurse ist das post- oder (je nach Standpunkt) auch neokoloniale Weltsystem von Widersprüchen und Ambivalenzen geprägt, die sich einer schlichten Unterteilung in

Gut und Böse entziehen. Dieser Mangel betrifft, wie erwähnt, jedoch nicht nur die Autorinnen, sondern weite Teile der – bezeichnenderweise von drei LiteraturwissenschaftlerInnen geprägten – postkolonialen Theorie. Konsequenz sollte jedoch nicht die Beschränkung des Fokus, sondern die Ausweitung der theoretischen Basis und methodischen Vorgehensweise sein. Dort, wo versucht wird, Marxismus, Feminismus und Poststrukturalismus gleichermaßen als Analysegrundlage zu verwenden und die Grenzen der jeweiligen Ansätze aufzuzeigen, ist postkoloniale Theorie ein ungeheuer vielversprechender Ansatz einer Befreiungstheorie. Leider ist dies (noch?) viel zu selten der Fall.

Fazit: Auch wenn die nüchterne Brille die überschwängliche Einschätzung deutlich abmildert, bleibt dennoch letztlich unbestritten, dass die Autorinnen hier eine verständliche, differenzierte und kritische, v.a. auch selbstkritische und daher insgesamt gelungene Einführung in die Thematik vorgelegt haben.

Aram Ziai

George Steinmetz (Hg.): *The Politics of Method in the Human Sciences – Positivism and its Epistemological Others*. Durham/London: Duke University Press 2005, 620 Seiten

Der Titel ist ziemlich kryptisch. Und auch die Einleitung durch den Herausgeber macht es einem nicht gerade leicht, herauszufinden, was das Anliegen des vorliegenden Sammelbandes ist. Am klarsten formuliert wird es in einer Zwischenüberschrift im letzten der abgedruckten Beiträge („Provincializing the Social Sciences“ von Michael Burroway). Sie lautet: „Provincializing Positivism Without Losing Science“. Den Positivismus in seine Schranken zu

verweisen und sich trotzdem die Wissenschaftlichkeit zu bewahren, darum geht es in allen Beiträgen.

Darüber, was unter dem vielerorts zum Allerweltsschimpfwort verkommenen Begriff „Positivismus“ zu verstehen sei, herrscht keine vollständige Einigkeit unter den Autoren. Die meisten schließen sich jedoch mehr oder weniger eindeutig der Definition von *Steinmetz* in seinem Beitrag „Scientific Authority and the Transition to Post-Fordism: The Plausibility of Positivism in U.S. Sociology since 1945“ an. Demnach ist der Positivismus charakterisiert durch einen Empirismus, welcher die Realität von unter der Oberfläche verborgenen Strukturen leugnet, durch eine Ontologie, welche die Realität als geschlossenes, deshalb in raum-zeitlos gültigen Gesetzen beschreibbares System begreift, und durch einen Szientismus, welcher die vollständige Einheit von Natur- und Sozialwissenschaften postuliert.

Der philosophische Ausweg aus den Aporien des Positivismus ist wiederum für die meisten ein „kritischer Realismus“, wie ihn *Andrew Collier* im Anschluss an Roy Bhaskar propagiert. „Realismus“ ist dieser, insofern er die Existenz einer von unserem Denken unabhängigen Wirklichkeit anerkennt, an der sich dieses Denken bewähren kann – was allerdings bei jeder Wissenschaftstheorie, welche Theorie einer *empirischen* Wissenschaft sein will, eine logische Notwendigkeit darstellt, denn anders würde der Begriff „empirisch“ keinen Sinn machen. Das Problem ist jedoch, was „Übereinstimmung mit/Bewährung an der Wirklichkeit“ heißen soll, sowie dass unterschiedliche Sprachspiele/Kulturen/Epistemen diese Frage ganz unterschiedlich beantworten, und dass es keine Metasprache gibt, anhand derer entschieden werden könnte, was die richtige Antwort ist. Ohne

sich dies bewusst zu machen, legt sich der Autor schließlich auf vier zentrale – und durchaus sympathische – Kriterien fest, die den „kritischen Charakter“ seines Realismus definieren sollen: „Kritisch“ ist er, insofern er 1. auch nicht direkt beobachtbare, unter der Oberfläche verborgene Tiefenstrukturen als Realitäten anerkennt, 2. von einer Vielschichtigkeit der Realität ausgeht, wobei jede Schicht ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten besitzt, keine auf die anderen reduzierbar ist, 3. (eigentlich ein Sonderfall von 2.) sich weigert, die mentale Realität des Menschen auf Gehirnphysiologie zu reduzieren, und 4. auch „negative Fakten“ oder „Abwesenheiten“ als Realitäten akzeptiert. „Kritisch“ ist C.s Realismus zum anderen aber auch insofern, als er die Dichotomie zwischen Tatsachen und Werturteilen, zwischen Ist- und Sollsätzen nicht anerkennt. Das Argument lautet: Falsche Urteile seien etwas Schlechtes, und ein System das auf falschen Urteilen (etwa dem, dass es im Kapitalismus keine Ausbeutung gebe) gründe, müsse deshalb abgeschafft werden – wobei dieses „müsse“ ein *logisches* sei, die Schlussfolgerung aber eine moralische. Sehr überzeugend erscheint mir das nicht – ein *logischer* Fehler ist es jedenfalls nicht, wenn Sorel oder Pareto oder Nietzsche auch falschen Überzeugungen oder Ideologien einen möglicherweise sozial nützlichen, insofern positiv zu bewertenden Charakter zusprechen.

Was bleibt, sind knappe zwanzig Artikel, die untersuchen, wie und mit welchen Konsequenzen sich der Positivismus in den einzelnen Humanwissenschaften durchgesetzt hat und welche Chancen alternative (in der Regel eben „kritisch-realistische“) Positionen in diesen Disziplinen haben bzw. bieten. Das beginnt mit der Ethnologie (*Webb Keane*), geht weiter mit „Asian

Studies“ (*Michael Dutton*), Wirtschaftswissenschaften (*Timothy Mitchell, Philip Mirowski, Tony Lawson*), Geschichte (*William Sewell, Geoff Eley*), Politologie (*Emily Hauptmann, Sophia Mihic/Stephen Engelmann/Elizabeth Wingrove*), Soziologie (*George Steinmetz, Margaret Somers, Andrew Abbott, Daniel Breslau*), „Philosophy and Standpoint Theory“ (*Sandra Harding*) und Psychoanalyse (*Anthony Elliott*), um schließlich mit dem bereits erwähnten Artikel „Provincializing the Social Sciences“ von *Michael Burrawoy* zu enden.

Herausragend ist der Beitrag von *Margaret R. Somers* mit dem Titel „Beware Trojan Horses Bearing Social Capital: How Privatization Turned *Solidarity* into a Bowling Team“. Mit einem solchen Furor und einer solche Brillanz hat noch niemand das modische Sozialkapital-Geschwätz entlarvt – nicht einmal Harris und Berner in *Peripherie* 99. In (viel zu) dünnen Worten lässt sich ihre Kritik in vier Punkten zusammenfassen: 1. das Sozialkapital-Konzept dient

zum Schutz des Marktes vor seinen eigenen Externalitäten („Call this the function of saving capitalism from its own excesses“ [262]); 2. es lenkt ab von den Rechten und verweist ausschließlich auf Pflichten; 3. es ersetzt wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften durch moralische Appelle an partnerschaftliche Selbsthilfe; und 4. es ersetzt die Zivilgesellschaft durch eine idealisierte und als politikfrei definierte „Gemeinschaft“ (in einem Tönniesschen Sinn) – „It takes a village to raise a child“ drückt das Verhältnis von Sozialkapital und „Gemeinschaft“ treffend aus. Aber den Artikel sollte man auf jeden Fall zur Gänze lesen. Er versöhnt mit einigen anderen, die mir ziemlich dröge vorkamen – aber vielleicht liegt dies auch daran, dass ich nicht in allen behandelten Fächern ausreichende sachliche – insbesondere disziplingeschichtliche – Kompetenz besitze. Wer die hat, wird mutmaßlich noch einiges andere spannend finden.

Gerhard Hauck

Eingegangene Bücher

Al-Azmeh, Aziz; Schulz, Jörg; Alnasseri, Sabah; Postone, Moishe; Müller, Jochen; Wolter, Udo; Kritik & Praxis [Berlin]: *Islamismus. Kulturphänomen oder Krisenlösung?* Berlin: Kritik & Praxis (<http://www.kp-berlin.de/>) 2006, 68 S.

Basler Afrika Bibliographien: *Jahresbericht 2005 – Annual Report*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2006, 66 S.
ISSN 1424-2931.

Birle, Peter; Braig, Marianne; Ette, Ottmar; Ingenschay, Dieter (Hg.): *Hemisphärische Konstruktionen der Amerikas*. Frankfurt a.M.: Vervuert Verlag 2006 (Bibliotheca Ibero-Americana, 109), 167 S.
ISSN 0067-8015
ISBN 3-86527-283-5.

Borschel, Frank: *Industrialisierung und Globalisierung im 20. Jahrhundert. Ursprüngliche Akkumulation und Nachholende Modernisierung in der Begriffswelt von Karl Marx. – zur Geschichte der Modernisierung im 20. Jahrhundert*. Berlin: Verlag Frank Wünsche 2005 (Sach-

buch Globalisierung, 2), 297 S.
ISBN 3-933345-02-2.

Caborn, Joannah: *Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik*. Münster: Unrast Verlag (Edition DISS, 10), 236 S.
ISBN 389771-739-5.

Eritrean Studies Review. Bd. 4, Nr. 2, Special Issue. Asmara (Eritrea): The Red Sea Press, Inc 2005, 265 S.
ISSN 1086-9174.

Forum Umwelt & Entwicklung; genant (Hg.): *Anders wirtschaften statt demographischer Demagogie. Geschlechtergerechtigkeit, Nachhaltigkeit und die Diskurse um demographische Entwicklungen weltweit*. Bonn: Forum Umwelt & Entwicklung (<http://www.forumue.de/>) 2006, 48 S.

Holloway, John: *Die zwei Zeiten der Revolution. Würde, Macht und die Politik der Zapatistas*. Wien: Verlag Turia + Kant 2006 (Es kommt darauf an, 5), 110 S.
ISBN 3-85132-458-7.

Leubolt, Bernhard: *Staat als Gemeinwesen. Das Partizipative Budget in Rio Grande do Sul und Porto Alegre*. Münster: LIT Verlag 2006 (Investigaciones. Forschungen zu Lateinamerika, 8), 202 S.

ISBN 3-8258-9435-5.

Knorr, Lorenz: *Aufklärung, Frieden, Antifaschismus. Ausgewählte Reden und Schriften*. Hg. v. Lorenz Gösta Beutin. Köln: PapyRossa-Verlag 2006, ca. 370 S.

ISBN: 3-89438-356-9.

Mönkediek, Rainer; Rolf, Uwe (Hg.):

Agrarentwicklung durch Liberalisierung? Chancen und Risiken der Dritten Welt im Bereich der Agrarproduktion. Belm-Vehrte: Sozio-Publishing 2006 (Edition Sozio-Publishing, 209), 147 S.

ISBN 3-935431-09-0.

Schultz, Susanne: *Hegemonie – Gouvernamentalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot

2006, 388 S.

ISBN 3-89691-636-X.

Kiefer, Matthias (Hg.); Wallacher, Johannes: *Globalisierung und Armut. Wie realistisch sind die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen?* Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer 2006 (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur, 13), xv + 141 S.

ISBN 3-17-019335-X.

Zapata Galindo, Martha: *Der Preis der Macht.*

Intellektuelle und Deomkraisierungsprozesse in Mexiko 1968-2000. Berlin: edition tranvia – Verlag Walter Frey 2006 (Fragmentierte Moderne in Lateinamerika, 2), 339 S.

ISBN 3-925867-96-1.

Ziai, Aram: *Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskurs-analytischer Perspektive*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2006 (Einsprüche, 17), 172 S.

ISBN 3-89691-592-4.

INKOTA-Brief Die Nord-Süd-Zeitschrift aus Berlin

Nummer 137 – September 2006

China und der Süden

- Die neue Macht im Süden
- Süd-Süd-Kooperation als Alternative zur G8
- Chinas Weg zur sozialistischen Marktwirtschaft
- Energie und Rohstoffe – der hungrige Riese
- Chinas Renaissance in Afrika
- Handel mit Lateinamerika: vor allem China profitiert
- Dollardiplomatie: Konkurrenz mit Taiwan

Es schreiben u.a. Sven Hansen, Kristin Kupfer, Dan Large, Anja Senz, Maximilian Mayer, Dirk Pleiter und Stefan Thimmel

Außerdem: Kampagnen, Rezensionen, Kommentare und vieles mehr



Aktuelle Ausgabe (48 Seiten): 3 Euro zzgl. Porto
Im Abo (4 x pro Jahr): 11 Euro inkl. Porto

INKOTA-netzwerk e.V., Greifswalder Straße 33a, 10405 Berlin
Tel.: 030-42 89 111, Fax: 030-42 89 112
E-Mail: inkota-brief@inkota.de, Web: www.inkota.de